

Konferenzbericht: Internationale Fachkonferenz "How People Elect Their Leaders. Parties, Party System and Elections in Africa south of Sahara" (Hamburg, 22.-23.Mai 2003)

Gukelberger, Sandrine

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzbeitrag / conference paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gukelberger, S. (2003). Konferenzbericht: Internationale Fachkonferenz "How People Elect Their Leaders. Parties, Party System and Elections in Africa south of Sahara" (Hamburg, 22.-23.Mai 2003). *Afrika Spectrum*, 38(1), 125-127.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-119632>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Konferenzberichte

Internationale Fachkonferenz "How People Elect Their Leaders. Parties, Party System and Elections in Africa south of Sahara" (Hamburg, 22.-23.Mai 2003)

Das Institut für Afrika-Kunde (IAK) hatte im Rahmen des Verbundes europäischer Afrika-Institute AEGIS (Africa-Europe Group for Interdisciplinary Studies) zu einer geschlossenen Fachkonferenz mit begrenzter Teilnehmerzahl eingeladen, um disparate Forschungsansätze unterschiedlicher Disziplinen in einen gemeinsamen Kontext zu setzen. Teilnehmer aus neun europäischen und vier afrikanischen Staaten sowie aus den USA diskutierten die drei Themenbereiche Parteien, Parteiensysteme und Wahlen.

Theoretische und empirische Beiträge sollten sich dabei die Waage halten, deutlich wurde aber, dass insgesamt die theoriebildenden Beiträge in der Minderzahl waren. Professor Gyimah-Boadi (Accra) gab mit seinem einleitenden Vortrag zu Verlauf und Stand der Demokratisierung den Rahmen vor. Zentrale Schwerpunkte der folgenden Beiträge lagen dann auf Organisationsstrukturen, Ideologie, gesellschaftliche Anbindung, Wahlverhalten und Finanzierung. Die Referenten waren sich über die Schwierigkeit einig, afrikanische Parteien nach westlichen Kriterien zu beurteilen - diese weisen möglicherweise andere Funktionalitäten auf. Dennoch plädierte Gero Erdmann (Hamburg) für die Anwendung einer differenzierten universellen Typologie politischer Parteien, um vor allen Dingen eine Isolation der afrikanischen von der internationalen Parteienforschung zu vermeiden. Im afrikanischen Kontext sei die Ethnizitätspartei in der Erscheinungsform der ethnischen oder multi-ethnischen (Kongress-)Partei von besonderem Interesse, da sie am häufigsten vorkomme. Ethnizität betrachtet er als häufig konstitutives Element von Parteien, sozial konstruiert und kontextgebunden, nicht aber als primordiale Eigenschaft. Dieses Verständnis stellte sich im Laufe der Konferenz im wesentlichen für alle als akzeptable Definition heraus. Darauf aufbauend betonte David Throup (Washington, D.C.), dass Politik in Subsahara-Afrika weder nach sozialen Klassen noch ideologisch ausgerichtet sei (Ausnahme: Südafrika), Parteien sich aber häufig gerade nach regionalen (nicht notwendigerweise ethnischen) Kriterien organisieren. Den Patronage-Aspekt betonte Throup - besonders mit Blick auf das Fallbeispiel Kenya. Ab den 1960er Jahren sei der „Big Man“ an der Führungsspitze einer Partei in einem Einparteiensystem charakteristisch. Personalismus und Klientelismus kennzeichnen die Politik eines „Big Man“ und ermöglichen ihm, auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu operieren. Zudem sei die Opposition aufgrund der historisch gewachsenen patrimonialen Strukturen und der kaum bestehenden gesellschaftlichen Anbindung der Parteien zu schwach, um in Konkurrenz treten zu können. Dieser Mechanismus setzte sich in

den 1990er Jahren trotz Etablierung der Mehrparteiensysteme fort (z.B. Kenya, Nigeria). Thomas Bierschenk (Bonn/Mainz) untersuchte den lokalen Aspekt mit Fokus auf den sich verändernden Hintergrund der ‚Big Men‘, auch unter sozialen Gesichtspunkten. In Benin bildet sich offenbar ein neuer, stärker auf ökonomischen Erfolg als auf Zugehörigkeit zu einem etablierten Netzwerk und auf formale Bildung setzender Politikertypus heraus.

Trotz klarer Unterschiede bei ihrer Entstehung zeigte Henning Melber (Uppsala) für Parteien im südlichen Afrika, die ihre fortbestehende Dominanz im Zuge des antikolonialen Widerstands erlangt haben, einige Parallelen auf. Die aus diesen Parteien gebildeten Regierungen konzentrieren ihre Macht weiter mit Hilfe von repressiven Mitteln. Melbers These lautet, dass schon im gewaltsamen Widerstand gegen Repression der Keim der späteren Repression durch die Befreiungsbewegung an der Macht begründet sei. In diesem Zusammenhang sei allerdings auch eine besondere Legitimitätsbasis entstanden: Das kollektive Gedächtnis der Wählerschaft mystifiziere die ehemaligen Befreiungskämpfer und unterstütze dadurch den beinahe zu autokratischen Führungsstil der Parteien (z.B. Namibia). Vicky Randall (Essex) bot folgende systematische Unterscheidung der Formen von Repräsentation sozialer Gruppen in politischen Parteien an: „Abbildung“ der Charakteristika der zu repräsentierenden Gruppen und „Vertretung“ der Interessen dieser Gruppen. In ihrem Beitrag näherte sie sich dieser Frage mit Blick auf ethnische Gruppen, Zivilgesellschaft im weiteren Sinn und Frauenbewegungen an. Ein genauerer Blick auf die tatsächlichen Repräsentationsleistungen jenseits der Rhetorik der Parteien sei geboten.

Die Finanzierung afrikanischer Parteien und ihrer Wahlkämpfe bleibt laut Paul Nugent (Edinburgh) weitgehend eine Angelegenheit von Parteisympathisanten, zumal staatliche Systeme der Parteienfinanzierung selten bestehen. Gleichzeitig bedeute die nur in geringem Maße formalisierte Mitgliedschaft in Parteien ein Problem, da sie keine lukrative und berechenbare Ertragsquelle verspricht. Umgekehrt sei die Mobilisierung und die Stabilität einer Wählerschaft nicht allein durch das Verteilen von Banknoten zu leisten, selbst wenn dies in einigen Staaten häufig beobachtet werde. Die Parteien müssten die Interaktion mit ihrer Wählerschaft – nicht zuletzt im Sinne der oben genannten Definition von Ethnizität - ebenso symbolisch aufrechterhalten. Die Wahlprogramme unterschieden sich insgesamt wenig, eher noch die Art und Weise ihrer Vermittlung. So signalisiere beispielsweise der Regierungswechsel in Ghana im Jahre 2000 bis dato auch keine Veränderung der politischen Strategien. Die beiden späten und gelungenen demokratischen Transitionen mit Alternanz an der Spitze und per Wahl sowohl in Ghana 2000 als auch in Kenya 2002 boten laut Liisa Laakso (Helsinki) im Vergleich zur üblichen elektoralen Entwicklung in Subsahara-Afrika, die von sozialer und politischer Gewalt geprägt sei, einen erstaunlich friedlichen Ablauf. Im afrikanischen Kontext werden Transitionen nicht durch kohärente Politikentwürfe bestimmt, sondern im Wettstreit personalisierter Netzwerke innerhalb schwacher staatlicher Strukturen, was einen Teil der Gewaltanfälligkeit erkläre. Hierzu äußerte sich Matthijs Bogaards

(Southampton), der die Rolle des Parteiensystems für die Gesellschaft einerseits und für die Regierungsbildung andererseits als zentrale Fragestellungen der Parteienforschung ansah. Bogaards relativierte die Mobilisierungsfähigkeit von Wählern entlang regionaler Kriterien und betonte demgegenüber das Eigengewicht von Wahlsystemen (bzw. deren Reform) für die Bestimmung relevanter Strategien politischer Parteien, aber auch der Entstehung von Parteiensysteme. Die Stimulierung der Entstehung multi-ethnischer Parteien sei an Wahlsysteme geknüpft (z.B. durch die nigerianische Verfassung der Dritten und Vierten Republik). Aus dieser Perspektive repräsentiere Ethnizität unter anderem nach wie vor ein Kriterium, das im Zusammenhang des jeweiligen Wahlsystems systematisch zur Parteieninformation beitrage.

Insgesamt bot die Konferenz einen reichen Einblick in die Fülle relevanter Fragestellungen und empirischer Evidenz. Mindestens ebenso deutlich wurde allerdings, dass eine seriöse, auf eine kritische Bandbreite empirischer Untersuchungen stützende afrikanische Parteienforschung erst am Entstehen ist. Hierzu können verschiedene Disziplinen beitragen, wie die Veranstaltung in Hamburg nachdrücklich zeigte.

(Sandrine Gukelberger)

Erdölststaaten am Golf von Guinea – Wachstumsregion oder Krisenherd? (Berlin, 5. Juni 2003)

Die Kooperationsveranstaltung zwischen Friedrich Ebert-Stiftung und Institut für Afrika-Kunde (IAK) stand im Zeichen des zunehmenden Interesses an afrikanischem Erdöl seit den Ereignissen vom 11. September 2001. Die hohe Medienaufmerksamkeit der vergangenen Monate und die Abhaltung anderer Veranstaltungen durch wirtschafts- und politiknahe Institutionen vor und nach der FES/IAK-Tagung lassen keinen Zweifel daran, dass die Thematik auch in naher Zukunft kaum an Bedeutung verlieren wird.

Zu Beginn verwies Friedemann Müller (SWP, Berlin) auf einige Fakten. Nach gegenwärtigem Wissensstand befinden sich 7,3% der Weltölrreserven in Afrika. Langfristig gesehen erwartet man eine Positionierung des Kontinents an zweiter Stelle des Weltölmärktes nach dem Mittleren Osten. Unter den westafrikanischen Staaten steht Nigeria mit mehr als über 50% der gesamten Produktion an der Spitze, gefolgt von Angola. Eine bedeutende Ausweitung der Produktion wird vor allem in Äquatorial-Guinea und im Tschad erwartet. Die Exportstruktur Westafrikas ist stark differenziert: 43% des Erdöls fließen in die USA, 26% nach Ost- und Südasiens und 22% nach Europa. Von erheblichem Interesse ist dennoch der hohe Anteil, der bereits jetzt in die USA exportiert wird.

Sowohl der Kampf gegen den Terrorismus als auch der Irak-Krieg haben den Wert westafrikanischen Erdöls auf dem internationalen Markt beträchtlich erhöht. Vor allem zeigen die